

Verbandsgemeinde Oberes Glantal

BESCHLUSS

der 15 Sitzung des Haupt-, Finanz, Bau- & Umweltausschusses
vom Dienstag, den 12.02.2019

Antrag der FWG-Fraktion
Gemeindeschwester für das Gebiet der Verbandsgemeinde Oberes Glantal

Sachdarstellung:

Die Freie Wählergruppe des Landkreis Kusel hat in Kooperation mit der FWG Oberes Glantal am 05.04.2018 einen Antrag an den Landkreis Kusel sowie die Verbandsgemeinde Oberes Glantal zur Etablierung der Institution „Gemeindeschwester im Landkreis Kusel“ gestellt. Gleichwohl soll die Verbandsgemeinde nach positiver Beschlussfassung auf Kreisebene die Etablierung des Systems für das Gebiet der Verbandsgemeinde Oberes Glantal in Kooperation personell unterstützen.

Der Kreisausschuss hat in seiner Sitzung vom 24.09.2018 dem Antrag grundsätzlich zugestimmt. Ferner wurden bereits in der Haushaltsaufstellung auf Landkreisebene Mittel in Höhe von 50.000,00 Euro zur Verfügung gestellt. Um Wiederholungen zu vermeiden, wird sowohl auf den Antrag der Freien Wählergruppe vom 05.04.2018 als auch den Beschlussauszug des Kreisausschusses vom 24.09.2018 verwiesen, die beide als Anlage dieser Beschlussvorlage beigefügt sind.

In der Sitzung erfolgt eine Vorstellung des Antrags durch die Fraktion der Freien Wähler.

Beratung:

In der Beratung ging man nochmals auf die haushaltsrechtlichen Grundlagen sowie das Förderprogramm zur Gemeindeschwester Plus ein. Insofern wurde die Empfehlung entsprechend modifiziert

Empfehlung:

Der Verbandsgemeinderat sieht die Notwendigkeit auf die demografische Entwicklung zu reagieren und im Rahmen der Daseinsfürsorge entsprechende Strukturen für die immer älter werdende Bevölkerung zu schaffen. Nach Einführung und Konzeption der Gemeindeschwester im Landkreis Kusel soll hinsichtlich des weiteren Ausbaus in der Verbandsgemeinde Oberes Glantal Gespräche mit dem Landkreis bezüglich einer personellen bzw. finanziellen Unterstützung geführt werden. Vorsorglich und zum jetzigen Zeitpunkt sollen im aktuell zu erstellenden Haushalt der Verbandsgemeinde Oberes Glantal entsprechende Möglichkeiten eingearbeitet werden. Die Verwaltung möge prüfen, ob Zuwendungen aus dem Förderprogramm „Modellprojekt Gemeindeschwester Plus“ zur Verfügung gestellt werden können.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltung(en)